

 **Bundesministerium**  
Europäische und internationale  
Angelegenheiten

[bmeia.gv.at](https://bmeia.gv.at)

**Mag. Alexander Schallenberg**  
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 23. Mai 2022

GZ. BMEIA-2022-0.228.150

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. März 2022 unter der Zl. 10273/J-NR/2022 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Bemühen um Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarländern der Ukraine in andere EU-Staaten“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3:**

- *Welche Bemühungen bzw. welche konkreten Maßnahmen haben Sie wann gesetzt, um ein gesamteuropäisches Vorgehen zur Verteilung der Schutzsuchenden innerhalb Europas zu realisieren?*
- *EU-Innenkommissarin Ylva Johansson gab am 10.3.2022 an, eine Quote für die Verteilung bestimmter Schutzsuchende aus der Ukraine auf die EU-Staaten für möglich zu halten, insbesondere bezog sie sich auf unbegleiteten Minderjährigen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die „besondere Aufmerksamkeit oder Betreuung brauchen“ (<https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eu-kommissarin-erwaegt-teilverteilungsquote-fuer-fluechtlinge-118250371>). Gab es diesbezüglich bereits Verhandlungen?*  
*Wenn ja, welche Positionen haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dazu wann und wem gegenüber vertreten?*
- *Sollte Österreich Schutzsuchende, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, aus Nachbarstaaten der Ukraine organisiert aufgenommen haben: Welche Kriterien wurden*

*angewandt, um auszusuchen, wie viele Schutzsuchende und welche Schutzsuchende aus welchem Land nach Österreich wann evakuiert und aufgenommen werden sollen?*

Zunächst darf ich betonen, wie sehr die Ereignisse in der Ukraine und deren Auswirkungen auf die ukrainische Zivilbevölkerung betroffen machen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 sind über fünf Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, über sieben Millionen sind intern vertrieben. Österreich bekennt sich zu seiner humanitären Tradition, Menschen, die vertrieben werden, Schutz zu bieten. Dabei führt die österreichische Bundesregierung konsequent die Politik weiter, umfassende Hilfe vor Ort zu leisten. Die Ukraine ist unsere unmittelbare Nachbarschaft, daher ist es selbstverständlich, dass sich Österreich wie schon 1956, 1968 oder beim Zerfall Jugoslawiens solidarisch zeigt und Schutzsuchende aufnimmt.

Im Vorfeld des Europäischen Rates vom 24. und 25. März 2022 hielt die Europäische Kommission unmissverständlich fest, dass keine verpflichtenden Quoten für die Unterbringung von Vertriebenen eingeführt werden. Österreich hat bisher bereits verpflichtende Quoten bei der Aufnahme und Umverteilung von Vertriebenen und Schutzbedürftigen abgelehnt, da dies zu ungewünschten Pull-Faktoren führen könnte.

Darüber hinaus verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 10271/J-NR/2022 vom 23. März 2022 durch den Bundesminister für Inneres.

#### **Zu den Fragen 4, 5 und 8:**

- *Welche Position vertraten Sie hinsichtlich der Evakuierung von Schutzsuchenden aus der Ukraine aus den Nachbarstaaten der Ukraine wann in welchen formellen und informellen Gremien auf EU- und internationaler Ebene über Relocation in EU-Mitgliedstaaten, die noch Ressourcen haben? über Resettlement in Staaten außerhalb der EU?*
- *Wann war die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine in Diskussion auf nationaler Ebene? in welchen Gremien? in welchen nicht formalisierten Runden mit welchen Teilnehmer innen außerhalb Ihres Ressorts? in Ihrem Ressort? Welche Position haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*
- *Wann war die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine in Diskussion auf europäischer Ebene in welchen Gremien?*

*in welchen nicht formalisierten Runden mit welchen Teilnehmer innen?*

*Welche Position haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*

*Welche Position haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*

Grundsätzlich ist anzumerken, dass der Krieg in der Ukraine sowie die Hilfe für die hohe Zahl der Vertriebenen in allen internationalen Kontakten ganz oben auf der Tagesordnung steht. Es ist begrüßenswert, dass es uns auf EU-Ebene in kürzester Zeit gelungen ist, auf freiwilliger Basis gelebte EU-Solidarität sicherzustellen, unbürokratisch Hilfe für die Nachbarstaaten der Ukraine zu leisten sowie mit der erstmaligen Aktivierung der Richtlinie 2001/55/EG eine gemeinsame Basis für den Schutz von Vertriebenen in der gesamten EU sicherzustellen. Österreich bekennt sich zur Unterstützung der Ukraine und der unmittelbar betroffenen Nachbarstaaten sowie auch besonders belasteter EU-Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, wobei der Schutz der vertriebenen Menschen und insbesondere der vulnerablen Gruppen im Vordergrund steht. Österreich befürwortet daher weiterhin eine koordinierende Rolle der Europäischen Kommission für Maßnahmen zur Entlastung betroffener Mitgliedstaaten.

#### **Zu den Fragen 6 und 7:**

- *Welche Bemühungen bzw. welche konkreten Maßnahmen haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort wann gesetzt, um sich auf Europarat-Ebene für die Unterstützung der Nachbarstaaten der Ukraine einzusetzen?*
- *Aufgrund der russischen Invasion der Ukraine kam es zum Ausschluss Russlands aus dem Europarat - mit erheblichen finanziellen Folgen für dessen Budget. Steht daher eine Erhöhung des österreichischen Beitrags zur Finanzierung des Europarats in Sicht?*

Seit Kriegsbeginn zeigt sich Österreich im Ministerdelegiertenkomitee des Europarates solidarisch mit der Ukraine und seinen Nachbarstaaten und begrüßt diverse Bemühungen von Organen des Europarats im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate. So reiste etwa die Menschenrechtskommissarin Dunja Mijatović zu Missionen nach Moldau, Tschechien und in die Slowakei, die Pompidou-Gruppe entwickelte Empfehlungen zur besseren Interaktion mit Personen, die traumatischen Stress erleiden mussten. Als Mitglied der entsprechenden Freundschaftsgruppe setzt sich Österreich außerdem für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten und Medienfreiheit ein. Gerade angesichts der massiven staatlichen russischen Propaganda und Desinformation kommt einer unabhängigen und objektiven medialen Berichterstattung enorme Bedeutung zu. Während die Bereitstellung oder Koordination humanitärer Hilfe nicht zum Mandat des Europarates gehört, konzentriert sich der Europarat auf die Einforderung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus den zahlreichen Konventionen wie insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Im November 2021 wurde das Budget für 2022 sowie provisorisch für 2023

beschlossen. Die budgetären Verpflichtungen Russlands inklusive der Teilabkommen betragen rund 34,3 Millionen Euro für 2022 und rund 35,07 Millionen Euro für 2023. Derzeit ist noch nicht geklärt, ob Russland seinen bisherigen finanziellen Verpflichtungen nachkommen wird. Die langfristigen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten betreffen auch die Folgejahre. Es ist die Absicht der Mitgliedsstaaten, dass der Europarat als wichtige multilaterale Institution durch das Ende der Mitgliedschaft Russlands in seiner Funktion nicht wesentlich eingeschränkt werden soll. Österreich hat sich immer als aktives Mitglied des Europarates eingebracht und wird daher bei Vorliegen eines Konsenses der Mitgliedsstaaten betreffend das Budget auch diese Beschlüsse mittragen.

#### **Zu Frage 9:**

- *Die Vertreter\_innen welcher Länder trafen Sie seit dem 23.2.2022?  
Machten Sie die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine selbst zum Thema?  
War die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine vonseiten Ihres Gesprächspartners Thema?  
Welche Position vertraten Sie?  
Welches Verhalten versuchten Sie von Ihrem Gegenüber zu erwirken?  
Machten Sie die Sanktionen gegen Russland selbst zum Thema?  
Waren die Sanktionen gegen Russland vonseiten Ihres Gesprächspartners Thema?  
Welche Position vertraten Sie?  
Welches Verhalten versuchten Sie von Ihrem Gegenüber zu erwirken?*

Seit dem 24. Februar hatte ich Treffen mit allen Außenministerinnen bzw. Außenministern der EU und darüber hinaus mit den Außenministerinnen bzw. Außenministern von Nordmazedonien, Armenien, der Türkei, Libanon, Ruanda, Bangladesch, den Palästinensischen Gebieten, Pakistan, Indien, Israel, Jordanien, Kanada, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Gemeinsam mit meinen Amtskollegen aus der Slowakei und Tschechien reiste ich nach Moldau und hatte Treffen mit der moldauischen Präsidentin Sandu, der moldauischen Premierministerin Gavrilita und dem moldauischen Außenminister Popescu. Weiters hatte ich Treffen mit dem deutschen Staatssekretär Schmidt, dem irischen Präsidenten Higgins und dem Erbprinzen von Liechtenstein und hatte Gelegenheit zu weiteren bilateralen Gesprächen am Rande internationaler Konferenzen, zuletzt u.a. aus Anlass der Berliner Geberkonferenz zu Moldau am 5. April und am Rande des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 11. April 2022 in Luxemburg.

Die Unterstützung der ukrainischen Zivilbevölkerung, insbesondere von vulnerablen Gruppen, war natürlich ein Thema mit allen Gesprächspartnern seit dem 24. Februar. Dabei wurde von

Österreich immer wieder unsere volle Solidarität signalisiert. So hat sich Österreich als einer der ersten EU-Mitgliedstaaten für die Aufnahme von ukrainischen Vertriebenen aus Moldau nach Österreich bereit erklärt und dazu eine Luftbrücke ins Leben gerufen. Konkrete Kooperationsmöglichkeiten waren ebenfalls Thema dieser Gespräche. Österreich hat darüber hinaus Unterstützungsleistungen für Vertriebene aus der Ukraine auch in die an die Ukraine angrenzenden EU-Mitgliedstaaten erbracht.

Für die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine stellte Österreich bisher 59,4 Millionen Euro aus den Mitteln des Auslandskatastrophenfonds (AKF) zur Verfügung, davon 17,5 Millionen Euro nach Kriegsausbruch sowie 41,9 Millionen Euro im Mai d.J. durch die Verdoppelung der privaten Spenden für „Nachbar in Not“. Darüber hinaus wurde das Budget der Austrian Development Agency (ADA) für die besonders betroffene Republik Moldau um 2 Millionen Euro auf insgesamt 5 Millionen Euro aufgestockt. Im Wege der UNESCO leistete Österreich 100.000 Euro für den Schutz von ukrainischen Journalisten. Die Bundesländer stellten insgesamt 2 Millionen Euro für humanitäre Hilfe in der Ukraine zur Verfügung. Hinzu kommen Sachspenden im Gesamtwert von fast 3 Millionen Euro und die Organisation von Transporten für ukrainische Vertriebene aus Moldau und Polen sowie von Waisenkindern und Krebspatienten sowie deren Angehörigen direkt aus der Ukraine.

Auch die Sanktionspakete gegen Russland waren Thema sowohl bei den Beratungen in der EU als auch im Rahmen von bilateralen Gesprächen. Österreich hat sämtliche Sanktionspakete vollinhaltlich unterstützt und im Verbund mit den EU-Kolleginnen und Kollegen auf einen raschen Beschluss und eine möglichst lückenlose Umsetzung hingewirkt. Darüber hinaus hat sich Österreich auch in internationalen Kontakten für die Verurteilung des russischen Angriffs sowie die Beteiligung an Sanktionsmaßnahmen und die Unterbindung der Umgehung von Sanktionen eingesetzt. Insbesondere meine Besuche in Pakistan und Indien dienten unter anderem diesem Zweck. Gegenüber diesen und anderen Drittstaaten habe ich betont, dass es im Fall des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine keine politische Neutralität geben darf und die Auswirkungen global spürbar sein werden. Russland hat mit seiner militärischen Aggression sämtliche Grundsätze des Völkerrechts und die Prinzipien der UNO-Satzung gebrochen und sich dadurch selbst international ins Abseits gestellt.

Mag. Alexander Schallenberg



